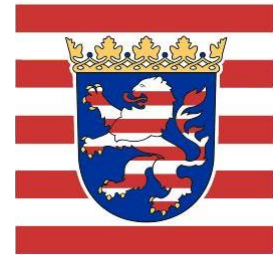




HESSEN



Bericht aus Brüssel

03/2020 vom 14.02.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	8
Energie.....	9
Digital.....	10
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	12
Gesundheit und Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft.....	15
Justiz.....	16
Inneres.....	18
EU-Förderprogramme.....	19
Veranstaltungen.....	20
Vorschau.....	23

Kommission; Vorschlag von Verhandlungsrichtlinien für die neue Partnerschaft EU mit GBR

Die Kommission hat am 03.02.2020 eine Empfehlung an den Rat zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit GBR abgegeben. Diese Empfehlung stützt sich auf die bestehenden Leitlinien und Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Brexit sowie auf die zwischen der EU und GBR im Oktober 2019 vereinbarte politische Erklärung. Sie enthält einen umfassenden Vorschlag für Verhandlungsrichtlinien, in dem der Umfang und die Bedingungen der künftigen Partnerschaft, die die EU mit GBR plant, festgelegt werden. Geplant ist laut den Verhandlungsrichtlinien eine Partnerschaft im Rahmen eines Assoziierungsabkommens mit einem Freihandelsabkommen sowie eine weiter gefasste sektorspezifische Zusammenarbeit. Die Verhandlungsrichtlinien decken alle Bereiche ab, die für die EU-GBR-Verhandlungen von Interesse sind, einschließlich der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, der Außenpolitik, der Sicherheit und Verteidigung und der Teilnahme an Programmen der EU und anderer thematischer Bereiche der Zusammenarbeit. Als verhandlungsführende Behörde der EU beabsichtigt die Kommission, ihre Arbeit in enger Abstimmung mit dem Rat und seinen Vorbereitungsgremien sowie mit dem EP – wie bereits bei den Verhandlungen über das Austrittsabkommen – fortzusetzen.

<https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-annex-negotiating-directives.pdf>

EP; Entschließung zum Verhandlungsmandat über eine neue Partnerschaft der EU mit GBR

Am 12.02.2020 hat das EP eine Entschließung zu den Verhandlungen der EU mit GBR über eine neue Partnerschaft nach dem Brexit angenommen. Diese soll einen ersten Beitrag des EP zu den Verhandlungen über eine künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR darstellen. Die Entschließung wurde mit 543 Stimmen bei 39 Gegenstimmen und 69 Enthaltungen angenommen. Die Entschließung basiert auf den von der Kommission am 03.02.2020 vorgelegten Verhandlungsrichtlinien. Die MdEP wollen, dass das Assoziierungsabkommen mit GBR so umfassend wie möglich gestaltet wird. Das Abkommen soll sich vor allem auf drei Hauptsäulen stützen: eine Wirtschaftspartnerschaft, eine Partnerschaft für auswärtige Angelegenheiten und eine für sektorspezifische Angelegenheiten. Die MdEP fordern ein ambitioniertes Freihandelsabkommen zwischen der EU und GBR, betonen aber auch die Bedeutsamkeit der Garantie gleicher Wettbewerbsbedingungen. Weiterhin wird in der Entschließung hervorgehoben, dass ein Nicht-EU-Staat nicht die gleichen Rechte wie ein Mitgliedstaat genießen kann und die Integrität des Binnenmarktes und der Zollunion jederzeit gewahrt werden muss.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0033_DE.html

EuGH; Auswirkungen des Brexit auf den EuGH

Der EuGH hat am 31.01.2020 mitgeteilt, dass sich die Anzahl seiner Richterinnen und Richter aufgrund des EU-Austritts von GBR zu dem Tage verringert. Die Amtszeit seiner britischen Mitglieder endete mit der EU-Mitgliedschaft von GBR am 31.01.2020 um Mitternacht. Christopher Vajda, Richter am Gerichtshof, sowie Ian Stewart-Forrester, Richter am Gericht der Europäischen Union (EuG), haben den EuGH verlassen. Die im Zuge der Reform des EuG 2019 erhaltene zweite Richterstelle hatte GBR bereits nicht mehr besetzt. Dagegen bleibt die britische Generalanwältin am EuGH, Eleanor Sharpston, zumindest vorläufig im Amt. Gemäß der Erklärung der

Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29.01.2020 über die Folgen des Austritts von GBR aus der EU für die Generalanwälte des Gerichtshofs wirkt sich der Austritt nicht auf die Zahl der Generalanwälte aus, die durch den Beschluss 2013/336/EU des Rates vom 25.06.2013 auf elf festgesetzt ist. Bis zur Ernennung eines neuen Generalanwalts durch die Regierungen verbleibt Eleanor Sharpston bis zum Amtsantritt ihres Nachfolgers im Amt. Gemäß dem Austrittsabkommen mit GBR bleibt der EuGH für die Entscheidung in allen Verfahren zuständig, die vor dem auf den 31.12.2020 festgesetzten Ende der Übergangszeit von oder gegen GBR eingeleitet werden. Er bleibt außerdem zuständig für die ihm vor dem Ende der Übergangszeit vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen britischer Gerichte.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-01/cp200010de.pdf>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Mitteilung der Kommission zum Beitrittsprozess der EU

Die Kommission hat am 05.02.2020 die Mitteilung „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ vorgelegt. In dieser Mitteilung legt die Kommission konkrete Vorschläge zur Stärkung des gesamten Beitrittsprozesses vor. Dazu soll der Prozess glaubwürdiger werden, einer stärkeren politischen Steuerung unterliegen und an Dynamik und Berechenbarkeit gewinnen. Die Glaubwürdigkeit des Beitrittsprozesses soll durch eine noch deutlichere Fokussierung auf wesentliche Reformen gestärkt werden, angefangen bei der Rechtsstaatlichkeit. Die Mitgliedstaaten sollen weiterhin systematischer in die Überwachung und Überprüfung des Beitrittsprozesses einbezogen werden. Um dem Verhandlungsprozess mehr Dynamik zu verleihen, sollen die Verhandlungskapitel zu thematischen Clustern zusammengefasst werden. Es soll auch verdeutlicht werden, welche positiven Auswirkungen Fortschritte bei den Reformen haben können und welche negativen Folgen es haben wird, falls es zu keinen Fortschritten kommt. Gravierende oder länger andauernde Stillstände oder Rückschritte bei der Umsetzung der Reformen oder bei der Erfüllung der Anforderungen des Beitrittsprozesses sollen angemessen sanktioniert werden.

https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/enlargement-methodology_de.pdf

Europäisches Parlament

GBR; EP fordert gleiche Wettbewerbsbedingungen

Am 12.02.2020 hat das EP eine Entschließung angenommen, die einen ersten Beitrag des EP zu den bevorstehenden Verhandlungen mit der britischen Regierung über eine neue Partnerschaft nach dem Brexit darstellt (vgl. Beitrag unter „Institutionelles“).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0033_DE.html

Debatte über den MFR 2021-2027

In einer Debatte über die EU-Finzen für 2021-2027 betonten die MdEP, dass das EP nur einem Haushalt zustimmen wird, der den Ambitionen der EU entspricht (vgl. Beitrag unter „Finzen“).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-02-12-ITM-007_DE.html

EP stimmt EU-Vietnam-Handelsabkommen zu

Die MdEP stimmten am 12.02.2020 dem EU-Vietnam-Freihandelsabkommen mit einer Mehrheit von 401 - 192 - 40 zu. In einer begleitenden Entschließung, die mit einer Mehrheit von 416 - 187 - 44 angenommen wurde, bezeichnen die MdEP den Vertrag als „das modernste, am weitesten reichende und ambitionierteste Abkommen, das jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland geschlossen wurde“ (vgl. Beitrag unter „Wirtschaft“).

EP votiert für strenge Regelungen für die Nutzung der Künstlichen Intelligenz

Das EP begrüßt in einer am 12.02.2020 per Handzeichen angenommenen Entschließung das Potenzial von automatisierter Entscheidungsfindung, den Verbrauchern innovative und verbesserte Dienstleistungen zu bieten, einschließlich neuer digitaler Dienste wie virtueller Assistenten und Chatbots. Wenn man jedoch mit einem System interagiert, das die Entscheidungsfindung automatisiert, sollte man „angemessen über die Funktionsweise informiert werden sowie darüber, wie ein menschlicher Ansprechpartner mit Entscheidungsbefugnissen erreicht werden kann und wie sichergestellt wird, dass die Entscheidungen eines Systems überprüft und korrigiert werden können“, fügt es hinzu. Die Systeme sollten nur hochqualitative und tendenzfreie Datensätze sowie „nachvollziehbare und tendenzfreie Algorithmen“ verwenden, heißt es in der Resolution. Es müssen Kontrollmechanismen eingerichtet werden, um mögliche Fehler automatisierter Entscheidungen korrigieren zu können. Verbraucher müssen auch eine Aufhebung von endgültigen automatisierten Entscheidungen verlangen können. „Es müssen immer Menschen für Entscheidungen letztverantwortlich sein und sie müssen in der Lage sein, diese Entscheidungen insbesondere bei medizinischen und rechtlichen Dienstleistungen sowie im Finanz- und Bankenbereich zu korrigieren“, unterstreichen die MdEP. Die MdEP fordern die Kommission auf, Vorschläge zur Aktualisierung der EU-Sicherheits- und Haftungsregeln im Hinblick auf KI-fähige Produkte (z.B. Maschinen und Spielzeug) vorzulegen um sicherzustellen, dass die Verbraucher über die Nutzung der Produkte informiert und vor möglichen Schäden geschützt werden. Die Hersteller müssen sich ihrer Pflichten bewusst sein. Die Produkthaftungsrichtlinie, die vor über 30 Jahren angenommen wurde, muss ebenfalls aktualisiert werden um Begriffe wie „Produkt“, „Schaden“ oder „Fehler“, und die Beweislastregelungen müssten angepasst werden, fordert das EP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0032_DE.html

EP zur Politik der EZB

Die MdEP forderten die EZB am 12.02.2020 auf, ihr Engagement in Sachen Umweltschutz zu verstärken und sich den wachsenden Herausforderungen der Finanztechnologie zu stellen. Die Entschließung von Berichterstatter Costas Mavrides (S&D/CYP), in der die Prioritäten des EP zur künftigen Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) dargelegt werden, wurde am 12.02.2020 nach der Debatte am Vortag mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde mit einer Mehrheit von 452 - 142 - 33 angenommen. Um die rückläufige Konjunktur in der EU anzukurbeln und das Wachstum zu fördern, verlangten die MdEP von der EZB, die Gesamtgeldmenge weiter zu erhöhen. Nachhaltiges Wachstum könne jedoch nicht allein durch Geldpolitik erreicht werden, und die Mitgliedstaaten bräuchten nach wie vor ihre eigene Haushaltspolitik sowie die Umsetzung von Wirtschaftsreformen, so die Entschließung. Darüber hinaus hätten niedrige oder negative Zinssätze schädliche Auswirkungen auf die Renten- und Versicherungssysteme, erklärten sie. Das EP forderte die EZB auf, die Faktoren Umwelt, Soziales und Governance (ESG-Faktoren) besser in ihre Politik zu integrieren und ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors neu zu gestalten, um ökologisch nachhaltige Initiativen besser

zu unterstützen. Die MdEP bedauerten, dass grüne Anleihen immer noch nur 1% des gesamten Angebots an auf EUR lautenden Anleihen ausmachen, während eine Mehrheit (62,1%) der Ankäufe von Unternehmensanleihen der EZB in den Sektoren erfolgen, die für 58,5% der Treibhausgasemissionen im EUR-Währungsgebiet verantwortlich sind. Die MdEP bedauerten darüber hinaus, dass die EZB griechische Anleihen trotz positiver Entwicklungen in GRI noch nicht in ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors aufgenommen hat.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0034_DE.html

Ausschuss der Regionen

138. AdR-Plenarsitzung und Konstituierung des AdR zur siebten Mandatsperiode

Am 11./12.02.2020 fand in Brüssel die 138. AdR-Plenarsitzung statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Mark Weinmeister teil. Es handelte sich gleichzeitig um die konstituierende Sitzung der neuen, siebten Mandatsperiode des AdR. Herr Apostolos Tzitzikostas (EVP/GRI), Gouverneur von Zentralmazedonien, wurde zum Präsidenten des AdR und Vasco Cordeiro (Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)/PTL), sozialistischer Präsident der Regionalregierung der Azoren, wurde zum Ersten Vizepräsidenten des AdR gewählt. In den vorausgehenden Fraktionssitzungen wurden folgende Mitglieder zum Vorsitz ihrer jeweiligen Fraktionen ernannt: für die EVP Herr Olgierd Geblewicz (POL), für die SPE Herr Christophe Rouillon (FRA), für RENEW Herr François Decoster (FRA), für die European Alliance (EA) Herr Kieran McCarthy (IRL), für die GRÜNEN Herr Bernd Voß (DEU) und für die ECR (Europäische Konservative und Reformisten) Herr Władysław Ortyl (POL). Staatssekretär Weinmeister wurde zu einem von acht Vizepräsidenten der EVP-Fraktion gewählt. Darüber hinaus wurden in der darauffolgenden Plenarsitzung Stellungnahmen zu folgenden Themen abgestimmt: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU, Erweiterungspaket 2019, Beitrag der Regionen und Städte zur Entwicklung Afrikas, Nachhaltigkeit in Stadtvierteln und kleineren Ansiedlungen – Umweltpolitik auf der subkommunalen Ebene, Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU, Kultur in einer Union, die mehr will, Entschließung zum Arbeitsprogramm 2020 der Kommission, Entschließung zur Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020 sowie eine Entschließung zur Konferenz zur Zukunft der EU. Außerdem fanden Aussprachen mit Herrn Ivan Malenica, Minister für öffentliche Verwaltung Kroatiens und mit Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission mit Zuständigkeit für Demokratie und Demografie, statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164077&meetingSessionId=2203839>

Konstituierende Fachkommissionssitzung ECON zur siebten Mandatsperiode

Am 13.02.2020 fand in Brüssel die konstituierende Sitzung der ECON-Fachkommission für die siebte AdR-Mandatsperiode statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Mark Weinmeister teil. Michael Murphy (EVP/IRL) wurde zum Vorsitzenden der Fachkommission gewählt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2165073&meetingSessionId=2205029>

Konstituierende Fachkommissionssitzung NAT zur siebten Mandatsperiode

Am 13.02.2020 fand in Brüssel die konstituierende Sitzung der NAT-Fachkommission für die siebte AdR-Mandatsperiode statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Mark Weinmeister teil. Zur Vorsitzenden der Fachkommission wurde Ulrika Carlefall

Landergren (RN/SWE) gewählt. Darüber hinaus wurde Staatssekretär Mark Weinmeister zum Koordinator für die EVP-Fraktion in der zweiten Mandatshälfte (ab Juli 2022) benannt.

<https://mepportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2165070&meetingSessionId=2205026>

Wirtschaft

EP; Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Vietnam

Das EP stimmte auf seiner Plenarsitzung am 12.02.2020 über das Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Vietnam ab. Das Freihandelsabkommen wurde mit 401 Ja-Stimmen bei 192 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen angenommen. Sobald das Handelsabkommen auch vom Rat offiziell angenommen wird, kann es kurzfristig in Kraft treten. Ziel ist der Abbau von 99% aller Zölle innerhalb von sieben Jahren. Dies soll bis 2035 zu zusätzlichen Ausfuhren aus Vietnam in die EU in Höhe von 15 Mrd. EUR pro Jahr führen, während die EU-Exporte nach Vietnam jährlich voraussichtlich um 8,3 Mrd. EUR zunehmen, so die Erwartung der Kommission. Die wichtigsten Einfuhren der EU aus Vietnam umfassen Telekommunikationsgeräte, Bekleidung und Nahrungsmittel. Die EU exportiert hauptsächlich Maschinen, Fahrzeuge, Chemikalien und Agrarprodukte nach Vietnam. Das separate Investitionsschutzabkommen wurde mit 416 Ja-Stimmen, 187 Nein-Stimmen und 44 Enthaltungen ratifiziert. Dieses Abkommen, das ein Investitionsgerichtssystem zur Streitbeilegung zwischen Staat und Investoren vorsieht, muss zusätzlich zur Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten noch nach deren jeweiligen nationalen und internen Verfahren ratifiziert werden.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2020-0003_DE.docx

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2020-0002_DE.pdf

Kommission; Exporte von Entwicklungsländern in die EU erreichen Höchststand

Die Kommission legte am 10.02.2020 einen Bericht über das Allgemeine Präferenzsystem (APS) vor. Mit dem Handelsinstrument der Zollpräferenzen stärkt die EU weltweit Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, verantwortungsvolle Staatsführung und die nachhaltige Entwicklung. Die Ausfuhren aus Entwicklungsländern in die EU, die durch Zollpräferenzen im Rahmen des APS von Einfuhrzöllen befreit sind, erreichten 2018 einen neuen Höchstwert von 69 Mrd. EUR. Dem veröffentlichten zweijährlichen Bericht der Kommission über das APS zufolge stiegen die Ausfuhren der 71 APS-begünstigten Länder in die EU auf fast 184 Mrd. EUR. Davon entfielen beinahe 69 Mrd. EUR auf Sonderpräferenzen.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/february/tradoc_158619.pdf

Kommission; Absatzförderungs- und Informationsmaßnahmen für Wein

Die Kommission veröffentlichte am 07.02.2020 eine Beihilferegelung zu Absatzförderungs- und Informationsmaßnahmen für Wein und bestätigte die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt. Mit dieser Beihilferegelung möchten die deutschen Behörden die Absatzförderung von Wein und anderen Weinbauerzeugnissen unterstützen. Die Laufzeit hat am 01.01.2020 begonnen und endet am 31.12.2025. Die Gesamtmittelausstattung beträgt 86,4 Mio. EUR (jährlich 14,4 Mio. EUR). Diese Mittel werden ausschließlich über parafiskalische Abgaben finanziert. Bei den Endbegünstigten handelt es sich um Weinbauern und Unternehmen, die im Weinsektor tätig sind. Die Beihilfe wird in Form von Sachleistungen und bezuschussten Dienstleistungen im Bereich der Absatzförderungsmaßnahmen gewährt, die der Deutsche Weinfonds bzw. dessen

Durchführungsorganisationen, das Deutsche Weininstitut und die Deutsche Weinakademie, erbringen.

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/cases1/20202/281415_2121721_124_5.pdf

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zu Bodenabfertigungsdiensten (BVD) an Flughäfen

Die Kommission leitete am 30.01.2020 zu BVD an Flughäfen eine Konsultation ein, die bis zum 23.04.2020 läuft. Ziel ist eine Beurteilung der Leistung aller Bestimmungen der Richtlinie 96/67/EG des Rates vom 15.10.1996 über den Zugang zum Markt der BVD auf den Flughäfen der Gemeinschaft. Mit dieser Evaluierung soll beurteilt werden, ob die spezifischen Ziele der Richtlinie – verbesserte Qualität und Effizienz der Dienstleistungen durch die Marktöffnung – erreicht wurden. Die Konsultation richtet sich in erster Linie an Luftfahrtunternehmen, Leitungsorgane der Flughäfen, Drittanbieter, Mitgliedstaaten und Gewerkschaften. Sie zielt darauf ab, die Herausforderungen und Probleme bei der Erbringung von BVD zu ermitteln, welche die Interessengruppen im Rahmen der derzeitigen Gesetzgebung zu bewältigen haben.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-414136_de

Kommission; Beihilferegulung für Flüge von und zu kleinen Inseln in DEU

Die Kommission hat am 06.02.2020 nach den EU-Beihilfavorschriften die Budgeterhöhungen für zwei bestehende deutsche nationale Beihilferegulungen genehmigt, welche die Ermäßigung bzw. Befreiung der Flugverkehrssteuer für Flüge von und zu kleinen Inseln in DEU unterstützen. Bei den Inseln handelt es sich um Baltrum, Borkum, Juist, Langeoog, Norderney, Spiekeroog, Wangerooge und Helgoland. Die Änderungen an den bestehenden Regelungen bestehen in einer Aufstockung der Haushaltsmittel um 150.000 EUR zur Finanzierung einer Flugverkehrssteuerbefreiung für die Bewohnerinnen und Bewohner kleiner einheimischer Inseln und in einer Aufstockung der Haushaltsmittel um 1 Mio. EUR zur Finanzierung einer 80-prozentigen Ermäßigung der Flugverkehrssteuer, die für alle anderen Fluggäste von und zu diesen Inseln gilt. Insbesondere die Steuerbefreiung für die Bewohner der Inseln steht laut Kommission im Einklang mit den Luftverkehrsrichtlinien 2014, da die geplante Änderung der Regelung nichtdiskriminierend ist, den Bewohnern effektiv zu Gute kommt und einen sozialen Charakter hat. Die Kommission stellte außerdem fest, dass die aufgestockten Mittel für die Steuerermäßigungsregelung für alle anderen Fluggäste, die von und zu den Inseln fliegen, mit den Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen in Einklang stehen. Begründet wurde dies damit, dass die Steuerermäßigung das legitime Ziel der Gewährleistung der Anbindung verfolge und die allgemeinen Umweltziele der Verkehrssteuer nicht untergrabe.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200206-beihilferegulung-luftverkehrssteuer-inseln-DEU_de

Kommission; Beihilferegulung für die Nachrüstung von Dieselnbussen im öffentlichen Personennahverkehr

Die Kommission veröffentlichte am 07.02.2020 eine Änderung der Beihilferegulung für die Nachrüstung von Dieselnbussen im öffentlichen Nahverkehr. Per elektronischer Mitteilung vom 20.08.2019 hatten die deutschen Behörden der Kommission gemäß Art. 108 III AEUV Änderungen der Maßnahme mitgeteilt. Die Änderungen bestehen in einer Erweiterung der potenziell von der Regelung erfassten Kommunen, einer

Verkürzung der Frist für die Verpflichtung zum Einsatz der Busse nach der Nachrüstung und der Einführung der Verpflichtung, die Busse nach der Nachrüstung „hauptsächlich“ statt „überwiegend“ in den erfassten Gemeinden einzusetzen. Die deutschen Behörden hatten ihre Absicht mitgeteilt, die genehmigte Regelung zu ändern, indem sie die Verpflichtung zum Einsatz der Busse in den nach der Nachrüstung erfassten Gemeinden auf zwei Jahre (statt vier) reduzieren. Die genehmigte Beihilferegelung hat das Ziel, die Luftqualität in den Städten durch die finanzielle Unterstützung der freiwilligen Nachrüstung von mit Dieselmotoren ausgerüsteten Bussen deutlich zu verbessern. Insbesondere sieht die Regelung Zuschüsse zur Unterstützung der Nachrüstung von Bussen der Kategorien EUR III, IV, V und EEV vor, die für den öffentlichen Personenverkehr in etwa 90 Gemeinden eingesetzt werden, in denen die nationalen Grenzwerte für Stickoxide in den Jahren 2016 oder 2017 überschritten wurden. Die Förderung zielt auf die Nachrüstung von bis zu 7.000 Dieselnbussen ab und soll zu einer geschätzten Reduzierung von mindestens 2.200 Tonnen Stickoxid pro Jahr in DEU führen. Die maximale Beihilfeintensität für die Nachrüstung beträgt 80% der förderfähigen Kosten. In Kumulierung mit anderen Beihilfemaßnahmen darf diese bis zu 95% der förderfähigen Kosten betragen. Der maximale Förderbetrag pro Bus beträgt 20.000 EUR.

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/cases1/20206/281924_2128360_106_2.pdf

Kommission; Betriebsbeihilfen für die Flughäfen Dortmund und Erfurt-Weimar

Die Kommission veröffentlichte am 07.02.2020 die Bestätigung von Betriebsbeihilfen für die Flughäfen Dortmund und Erfurt-Weimar. Nach dem „Zukunftskonzept 2023“ für den Flughafen Dortmund sollen von der Dortmunder Stadtwerke AG gewährte öffentliche Zuschüsse die operativen Verluste des Flughafens in einer Gesamthöhe von 27,285 Mio. EUR im Zeitraum vom 04.04.2014 bis zum 31.12.2022 decken. Die öffentlichen Zuschüsse für den Flughafen Erfurt-Weimar betragen insgesamt 6,2 Mio. EUR und dienen der regionalen Entwicklung sowie der territorialen Zusammenarbeit. Die Zuschüsse werden vom 04.04.2019 bis zum 03.04.2024 gewährt.

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/cases1/201946/280647_2108304_93_2.pdf

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2020:043:FULL&from=EN>

E n e r g i e

Europäische Investitionsbank (EIB); EIB genehmigt 4,9 Mrd. EUR für saubere Energie, nachhaltigen Verkehr, Landwirtschaft und Wohnungsbau

Die EIB hat neue Finanzierungen in Europa und weltweit genehmigt und fördert damit Projekte für saubere Energie, nachhaltigen Verkehr, schnelle Kommunikationsnetze, sozialen Wohnungsbau sowie Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur. In der Sitzung am 05.02.2020 in LUX billigte der Verwaltungsrat der EIB Finanzierungen in Höhe von 4,9 Mrd. EUR. Für Unternehmensinnovationen, Energieeffizienz in der Industrie und Geschäftsinvestitionen wurden 1,7 Mrd. EUR genehmigt, die teils als Direktfinanzierungen vergeben und teils über lokale Finanzierungspartner weitergeleitet werden. 983 Mio. EUR fließen in den nachhaltigen Verkehr. Dabei geht es u.a. um die Modernisierung von Stadt- und Regionalbahnverbindungen in DNK, DEU, ITL und POL sowie um den Kapazitätsausbau im See- und Schienengüterverkehr in Europa. Zwei neue Vorhaben sollen das Angebot an Sozialwohnungen und erschwinglichem Wohnraum in Paris und Berlin verbessern. In

beiden Städten soll durch mehr Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen eine bessere soziale Durchmischung erreicht werden.

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-043-eib-backs-eur-4-9-billion-clean-energy-sustainable-transport-agriculture-and-housing-investment>

Kommission; Kommission mahnt deutschen Energie- und Klimaplan an

Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und Energiekommissarin Kadri Simson haben am 06.02.2020 DEU sowie acht weitere Mitgliedstaaten (MS), darunter FRA, in einem Brief aufgefordert, ihre Energie- und Klimapläne unverzüglich der Kommission vorzulegen. Die Frist hierfür war bereits am 31.12.2019 abgelaufen. Die Kommission hatte die letzten Pläne der meisten MS im Juni 2019 als unzureichend bezeichnet und um Nachbesserung gebeten.

https://ec.europa.eu/info/energy-climate-change-environment/overall-targets/national-energy-and-climate-plans-necps_en#final-necps

Eurostat; Energieverbrauch im Jahr 2018 verfehlt Energieeffizienzziel

Laut Bericht des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) vom 04.02.2020 blieb der Energieverbrauch in der EU im Jahr 2018 stabil. Der Primärenergieverbrauch belief sich auf 1.376 Mio. Tonnen Rohöleinheiten (Mio. t RÖE), 0,71% weniger als im Vorjahr, während der Endenergieverbrauch 990 Mio. t RÖE erreichte, 0,02% mehr im Vergleich zu 2017. Der Primärenergieverbrauch umfasst den gesamten inländischen Energiebedarf, während sich der Endenergieverbrauch auf den tatsächlichen Energiekonsum der Endverbraucher bezieht. Im Jahr 2018 lag der Primärenergieverbrauch in der EU 4,9% über dem Effizienzziel für 2020 und noch 22,0% unter dem Ziel für 2030.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10341549/8-04022020-BP-DE.pdf/3e62b994-68fb-0ea8-7d29-f1769272bf5a>

Digital

EP; Aussprache mit Kommissarin Vestager zum Thema KI und Datenstrategie

Der EP-Rechtsausschuss (JURI) hat am 27.01.2020 mit der exekutiven Vizepräsidentin der Kommission Margrethe Vestager eine Aussprache zur Künstlichen Intelligenz (KI) geführt. Vizepräsidentin Vestager kündigte an, dass die Kommission am 19.02.2020 ein Weißbuch zu KI und eine europäische Datenstrategie veröffentlichen werde. Es gehe bei KI um die Schaffung eines „Ökosystems des Vertrauens“ – die Bürger könnten nur Vertrauen in KI entwickeln, wenn europäische Werte und Grundrechte gelten –, sowie um ein „Ökosystem der Exzellenz“, in dem Europa KI schaffen könne, um wettbewerbsfähig zu sein und globale Standards setzen zu können. Entscheidend seien eine große Menge qualitativ hochwertiger Daten, höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung, ein besserer Zugang zu Daten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie eine Verbesserung der digitalen Kompetenzen. Das Weißbuch werde auch die Frage behandeln, ob ein neuer EU-Rechtsrahmen erforderlich sei. Ein weiteres Thema des Weißbuchs sei die Frage, ob der öffentliche Sektor besonderen Standards hinsichtlich Transparenz und Rechenschaft im Zusammenhang mit KI unterworfen werden solle. In der anschließenden Aussprache mit den MdEP kamen vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen sich neue digitale Technologien bewegen, sowie ethische Bedenken zur Sprache. Auf Fragen nach dem Digital Services Act der Kommission, dem geplanten Legislativvorschlag für digitale Dienstleistungen, erwiderte Vizepräsidentin Vestager, hierzu seien die Überlegungen noch nicht

abgeschlossen. Die Kommission habe sich zunächst auf das Weißbuch KI konzentriert.

<https://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20200127-1630-COMMITTEE-JURI>

Kommission; Neuaufnahmen in die Expertengruppe eHealth

Die Kommission hat am 07.02.2020 bekannt gegeben, dass sie vierzig europäische Dachorganisationen und Verbände als neue Mitglieder in die Expertengruppe für digitales Gesundheitswesen (sog. „eHealth Stakeholder Group“) aufgenommen hat. Diese vertreten die Gesundheitsindustrie, Patienten, Angehörige aus dem Gesundheitswesen sowie Forschungseinrichtungen. Die Expertengruppe unterstützt die Kommission bei der Entwicklung von Maßnahmen für die digitale Umgestaltung des Gesundheits- und Pflegewesens in der EU. Hierzu zählen u.a. die Weiterentwicklung der digitalen Gesundheitsdienste, der Cybersicherheit für Gesundheits- und Pflegedaten sowie der Künstlichen Intelligenz im Gesundheitsbereich. Die erste Sitzung der neu zusammengestellten Gruppe soll am 13.03.2020 in Brüssel stattfinden. Das Mandat der Expertengruppe endet 2022.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/new-members-ehealth-stakeholder-group-start-their-work>

F o r s c h u n g

Rat; Wettbewerbsfähigkeit, Wissenschaft: Forschungsminister debattieren zu Talentkreislauf

Am 03. und 04.02.2020 fand in Zagreb unter kroatischer Präsidentschaft das Informelle Treffen der für Forschung zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Die kroatische Ratspräsidentschaft hatte den für sie prioritären Punkt des „Talentkreislaufs“ und das Thema „Brain Drain“ auf die Agenda gesetzt. Hintergrund ist, dass Kroatien – wie auch mehrere weitere Mitgliedstaaten – von der Abwanderung von Forscherinnen und Forschern stark betroffen sind. Blaženka Divjak, die kroatische Ministerin für Wissenschaft und Bildung, warb daher für einen neuen Umgang mit der Problematik. Divjak forderte, auch Instrumente wie die Aktionen im Marie Skłodowska-Curie-Programm (MSCA) und im Europäischen Forschungsrat (ERA), beides feste Elemente des Forschungsrahmenprogramms, sollten für einen „ausgewogeneren Talentkreislauf“ in der EU sorgen. Dies liefe allerdings auf eine neue Ausrichtung der Wissenschaftspolitik der EU hinaus und käme zu einem Zeitpunkt, zu dem die Neuausrichtung von Horizont Europa bereits weitestgehend beschlossen ist. „Talente sind in Europa gleichmäßig verteilt, Möglichkeiten jedoch nicht“, erklärte Blaženka Divjak. Die Ratsdelegationen erkannten laut Erklärung der Präsidentschaft Verbesserungsbedarf an – konkretisiert wurde dieser aber nicht. Bezüglich der Revision des Europäischen Forschungsraums (EFR) diskutierten die Ministerinnen und Minister neue Initiativen, die nach 2020 umgesetzt werden könnten, damit der EFR zu einem wirklich „offenen Arbeitsmarkt für Forscher“ werden könne. Auch hier wurden keine Details veröffentlicht. Allerdings steht als nächster Schritt die Vorlage einer Mitteilung der Kommission zum Forschungsraum an. Diese wird noch im zweiten Quartal 2020 erwartet.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=165>

Kommission; Marie Skłodowska -Curie-Programm: Stipendien für rund 2.500 Forscher

Die Kommission (Generaldirektion Forschung) hat am 04.02.2020 Informationen zu den ausgewählten Marie Skłodowska-Curie-Stipendien (MSCA) bekannt gegeben.

1.475 Postdoktoranden erhalten laut Mitteilung der Kommission zugewiesene Fördermittel in Höhe von insgesamt 387 Mio. EUR, um ihre Forschung zu unterstützen (Einzelstipendien und COFUND-Zuwendungen). Die MSCA-Förderung stammt aus dem Haushalt des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Forschungskommissarin Mariya Gabriel beglückwünschte die Forscherinnen und Forscher und begrüßte, dass in dieser Auswahlrunde rund 44% der Fellows Frauen sind.

https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/cofund-results-2020_en

Finanzdienstleistungen

Kommission; Winterprognose 2020 bestätigt gemäßigten Wachstumskurs der europäischen Wirtschaft

Am 13.02.2020 veröffentlichte die Kommission die Winterprognose 2020, in welcher der stetige, gemäßigte Wachstumskurs der europäischen Wirtschaft bestätigt wird. Nach der Prognose wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im EUR-Währungsgebiet in den Jahren 2020 und 2021 stabil bei 1,2% bleiben. Für die EU insgesamt wird ein geringfügiger Rückgang des Wachstums auf 1,4% in den Jahren 2020 und 2021 prognostiziert. 2019 war noch von 1,5% ausgegangen worden. Für das Wachstum seien v.a. die stetige Schaffung von Arbeitsplätzen, ein robustes Lohnwachstum sowie ein unterstützendes Bündel an politischen Maßnahmen verantwortlich, was die weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – z.B. durch die Unsicherheit in Bezug auf die Handelspolitik der USA oder die Unklarheiten bzgl. der zukünftigen Beziehungen zu GBR – weitestgehend kompensiere. Die Inflationsprognose für das EUR-Währungsgebiet wurde für 2020 auf 1,3% und für 2021 auf 1,4% korrigiert – eine Steigerung von 0,1 Prozentpunkten für beide Jahre im Vergleich zur Herbstprognose 2019. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die höheren Löhne ersten Anzeichen zufolge nunmehr auf die Preise durchschlagen könnten und die Annahmen bezüglich der Ölpreise leicht nach oben korrigiert wurden. Auch die Inflationsprognose für die gesamte EU wurde für 2020 um 0,1 Prozentpunkte auf 1,5% angehoben. Die Prognose für 2021 bleibt unverändert bei 1,6%.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_232

Finanzen

Kommission; Überblick über die Funktionsweise der Besteuerung in den Mitgliedstaaten veröffentlicht

Am 31.01.2020 veröffentlichte die Kommission ihren Jahresbericht 2020, in dem sie darlegt, wie die Steuersysteme der Mitgliedstaaten (MS) bei der Bekämpfung von Steuermisbrauch, der Förderung nachhaltiger Investitionen, der Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung und der Verringerung von Ungleichheiten abschneiden. Außerdem gibt der Bericht einen Überblick über die jüngsten Steuerreformen auf der Ebene der EU und der MS. Aufgezeigt wird, dass es Anzeichen dafür gibt, dass multinationale Unternehmen weiterhin eine aggressive Steuerplanung betreiben, um ihre Steuerlast zu senken. Jedes Jahr gehen auch in der EU Mrd. von EUR an Steuereinnahmen durch internationale Steuerhinterziehung von Privatpersonen verloren. Des Weiteren spricht der Bericht Einkommens- und Vermögensunterschiede innerhalb der EU an und zeigt auf, wie diese angegangen werden können. Zuletzt werden auch die wichtigsten Indikatoren vorgestellt, die von der Kommission zur Analyse der Steuerpolitik im Rahmen des Europäischen

Semesters verwendet werden sowie die steuerpolitischen Prioritäten der jährlichen Strategie der Kommission für nachhaltiges Wachstum.

https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/tax_policies_in_the_eu_survey_2020.pdf

Kommission; Mitteilung zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung vorgelegt

Am 05.02.2020 hat die Kommission eine Mitteilung zur Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung vorgelegt. Darin wird insbesondere die Anwendung des sogenannten Sechser- und des Zweierpakets, der einschlägigen Gesetze auf diesem Feld, bewertet. Es wurde v.a. untersucht, wie wirksam die verschiedenen Überwachungselemente im Hinblick auf die Verwirklichung der Hauptziele der EU-Wirtschaftspolitik sind. Diese beziehen sich auf die Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte, eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie die Förderung der Konvergenz der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten (MS). Die Überprüfung konnte hierbei sowohl Stärken als auch Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen. In Bezug auf alle drei Ziele konnten Verbesserungen erreicht werden, die u.a. zu wachsenden Wirtschaftsleistungen, sinkenden Schuldenständen und sinkenden Arbeitslosenquoten in den MS führten. Gleichzeitig hat das Potenzialwachstum laut Kommission jedoch noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht und die Inflation verharrt auf niedrigem Niveau. Der Schuldenstand der öffentlichen Hand sei in einigen MS nach wie vor hoch und Reformbemühungen ließen nach. Außerdem sei der haushaltspolitische Rahmen insgesamt zu komplex geworden. Durch diese Komplexität hätten die entsprechenden Regeln an Transparenz verloren. An diesen Punkten gelte es weiter anzusetzen. Der nächste Schritt der Kommission besteht nun darin, Ansichten von interessierten Akteuren zur Frage einzuholen, wie der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung gestärkt werden könne. Dies soll noch im ersten Halbjahr 2020 durch Konferenzen, Workshops und Online-Konsultationen umgesetzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_20_171

EP; MdEP fordern ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmen

Die EP-Verhandlungsführer für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Förderperiode von 2021-2027 diskutierten am 07.02.2020 im Vorfeld der anstehenden Sondersitzung des Europäischen Rates (ER) ihre Prioritäten mit Charles Michel, dem Präsidenten des ER. Bei der Sitzung im EP in Brüssel am 07.02.2020 bekräftigten die MdEP ihre Forderung nach einem ehrgeizigen MFR, der die Kontinuität der wichtigsten Politikbereiche der EU wie der Kohäsions- und der Agrarpolitik gewährleisten sollte. Die Verhandlungsführer des EP bestanden darauf, dass prioritäre Bereiche wie Klimaschutz, Digitalisierung, Unterstützung für junge Menschen (Erasmus+, Jugendbeschäftigung) und für KMU sowie Migration und Sicherheit durch den neuen MFR besonders gefördert werden. Auch die geopolitische Rolle der EU sollte gestärkt werden. Die Verhandlungsführer des EP legten auch ein besonderes Augenmerk auf den Europäischen Grünen Deal und dessen Finanzierung sowie die Kontinuität der Kohäsions- und Agrarpolitik.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200207IPR72102/long-term-eu-budget-ambitions-must-be-matched-with-reliable-funding>

Kommission; Von der Leyen mahnt rasche Einigung auf Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) an

Am 12.02.2020 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im EP in Straßburg eine rasche Einigung zum MFR gefordert. Sollte dies nicht geschehen, sei die Finanzierung der neuen Prioritäten der Kommission in Gefahr. Ihr Appell erfolgte im

Vorfeld des am 20.02.2020 anstehenden Sondergipfels des Europäischen Rats. Als Prioritäten nannte von der Leyen v.a. die Finanzierung im Rahmen des Europäischen Grünen Deals, des digitalen Wandels und des Mechanismus für einen sozial gerechten Übergang zu einem klimaneutralen Europa. Die Kommissionspräsidentin forderte in diesem Zusammenhang eine erhöhte Kompromissbereitschaft der Mitgliedstaaten und höheres Engagement bei der Verteidigung der genannten neuen Prioritäten der Kommission. Von der Leyen machte jedoch auch deutlich, dass bei EP, Rat und Kommission grundsätzlich Einigkeit über die strategische Agenda bestehe und der Rahmen für eine Einigung zum langfristigen Haushalt somit gegeben sei. Des Weiteren unterstrich sie, dass sie kein MFR-Verhandlungsergebnis akzeptieren werde, welches nicht mindestens 25% des Budgets für die Bekämpfung des Klimawandels vorsehe.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200212-vor-sondergipfel-zum-eu-haushalt_de

Kommission; EU-Tabakbesteuerung sollte Zigarettenkonsum stärker eindämmen

Die Kommission veröffentlichte am 10.02.2020 eine Bewertung der EU-Vorschriften zur Besteuerung von Tabakwaren. Aus dieser geht hervor, dass die derzeitigen Vorschriften zur Tabakbesteuerung zwar gut hinsichtlich der Vorhersehbarkeit und Stabilität der Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten (MS) funktionierten, jedoch den hohen Tabakkonsum in der EU nicht mehr ausreichend verhinderten. Die Erhöhung der EU-Mindestsätze für Zigaretten und Feinschnitttabak hatte demnach nur in den MS Auswirkungen, die von vornherein ein sehr niedriges Steuerniveau aufwiesen. Zudem gebe die hohe Zahl der Raucher in der EU nach wie vor Anlass zu großer Sorge: Insgesamt 26% der Erwachsenen und 29% der jungen Europäer im Alter von 15 bis 24 Jahren rauchten. Darüber hinaus stellten die Preisunterschiede zwischen den MS einen Anreiz für grenzüberschreitende Einkäufe dar. Der Durchschnittspreis einer Zigarettenpackung könne zwischen 2,57 EUR und 11,37 EUR liegen. Nicht zuletzt zeige das Aufkommen neuer Produkte wie elektronischer Zigaretten die Grenzen des derzeitigen Rechtsrahmens auf. Daher sei ein neuer, umfassenderer Ansatz, der alle Aspekte der Tabakkontrolle einschließlich der öffentlichen Gesundheit, der Besteuerung, der Bekämpfung des illegalen Handels und der Umweltbelange berücksichtigt, von Nöten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200210-eu-tabakbesteuerung_de

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Konsultation zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung

In Vorbereitung ihres europäischen Plans zur Krebsbekämpfung hat die Kommission am 04.02.2020 eine öffentliche Konsultation eingeleitet, deren Ergebnisse dazu dienen sollen, die Hauptthemenbereiche und den Rahmen für künftige Maßnahmen abzustecken. In erster Linie werden Fragen der Prävention, der frühzeitigen Erkennung und Diagnose, der Behandlung und Versorgung sowie der Lebensqualität Betroffener behandelt. Die Krebsbekämpfung sei für Europas Zukunft von fundamentaler Bedeutung, so die Kommission. Statistisch gesehen werde alle 9 Sekunden in der EU ein neuer Krebsfall diagnostiziert. Nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen sei Krebs die zweithäufigste Todesursache, mit steigender Tendenz. Ferner stellten Krebserkrankungen eine massive Belastung für die Gesundheits- und Sozialsysteme sowie die öffentlichen Haushalte dar. Die Kommission beabsichtigt, den europäischen Plan zur Krebsbekämpfung bis Ende 2020 anzunehmen. Bis Juli 2020 sollen konkrete Punkte des Plans mit den Mitgliedstaaten erörtert werden. Die Frist zur

Einreichung von Beiträgen im Rahmen der öffentlichen Konsultation läuft bis zum 03.03.2020.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-693786_en

Rat; Trinkwasser: Rat billigt vorläufige Einigung zu aktualisierten Qualitätsstandards

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben die vorläufige Einigung mit dem EP vom 18.12.2019 zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie gebilligt (Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch). Die Billigung ebnet den Weg zur endgültigen Verabschiedung auf Ministerebene. Der Vorschlag wird im weiteren Verlauf am 18.02.2020 dem EP-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit vorgelegt und bei einer parlamentarischen Bestätigung auf der Tagung des Umweltrats am 05.03.2020 beraten. Mit der aktualisierten Richtlinie sollen die Qualitätsstandards durch Mindesthygieneanforderungen für Wasserleitungen und durch einen kosteneffizienteren, risikobasierten Ansatz bei der Qualitätsüberwachung auf den neusten Stand gebracht werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5813-2020-INIT/en/pdf>

Kommission; Einkaufen im Internet: Aufforderung an Anbieter, ihre Verbraucherinformationen an EU-Recht anzupassen

Die Kommission veröffentlichte am 31.01.2020 das Ergebnis einer EU-weiten Untersuchung von knapp 500 kommerziellen Websites, über die Kleidung, Schuhe, Haushaltsgüter und elektrische Geräte verkauft werden. Das von den nationalen Verbraucherschutzbehörden durchgeführte und von der Kommission koordinierte „Screening“ kam zum Ergebnis, dass zwei Drittel der überprüften Websites gegen grundlegende EU-Verbraucherschutzrechte verstoßen. So informierten nur knapp die Hälfte der Websites über die 14-tägige Rücksendefrist und auf über einem Viertel der Seiten fänden sich keine klar verständlichen Erklärungen zum Widerrufsrecht. Der Hinweis auf eine zweijährige gesetzliche Garantie bezüglich Reparatur, Ersatz und Erstattung fehlerhafter Waren fehlte demnach auf einem Drittel der 500 Websites. EU-Justiz- und Verbraucherschutzkommissar Didier Reynders mahnte Verbesserungsbedarf an und forderte die nationalen Behörden auf, die Anbieter zu kontaktieren und gegebenenfalls mit nationalen Durchsetzungsverfahren eine Berichtigung der Websites zu erwirken. Reynders erklärte: „Die EU-Rechte wie das Recht, Waren innerhalb von 14 Tagen zurückgeben zu können, stärken das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Online-Handel. Diese Rechte sollten nicht im Kleingedruckten untergehen.“

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_156

L a n d w i r t s c h a f t

Europäischer Rechnungshof; EU-Maßnahmen in Bezug auf Pestizide führten nur zu geringen Fortschritten, so die Prüfer

In einem Bericht vom 05.02.2020 kam der Europäische Rechnungshof (EuRH) zu der Einschätzung, dass die EU-Maßnahmen zur Messung und zur Verringerung von Risiken beim Pestizideinsatz nur sehr begrenzte Fortschritte erwirkt hätten. So sei die Kommission immer noch nicht in der Lage, die Auswirkungen und Risiken bei der Pestizidverwendung genau zu überwachen und einige Mitgliedstaaten (MS) seien bei der vollständigen Umsetzung der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden, die schon im Jahr 2009 verabschiedet worden war, stark im Verzug. Laut Bericht hätten nicht alle MS die Verpflichtung der Landwirte zur Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes in nationales Recht umgesetzt und für Landwirte gebe

es bisher nur wenige bis gar keine Anreize, um alternative Methoden einzuführen. Verfügbare EU-Statistiken über den Verkauf von Pflanzenschutzmitteln seien so stark aggregiert, dass sie ihren Nutzen verlören, und die Statistiken über die landwirtschaftliche Verwendung von Pflanzenschutzmitteln seien nicht vergleichbar gewesen. Gleichzeitig bemerkten die Prüfer positiv, dass die Kommission seit 2016 verstärkt Maßnahmen ergriffen habe, um die Umsetzung der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden durchzusetzen. Die Thematik ist wegen der in den kommenden Monaten weiter anstehenden Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik und den entsprechenden Beratungen in Rat und EP von aktueller Bedeutung.

https://eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_05/SR_Pesticides_DE.pdf

Justiz

EP; Aussprache mit EU-Generalstaatsanwältin Kövesi

Die EP-Ausschüsse für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und für Haushaltskontrolle (CONT) führten am 06.02.2020 eine Aussprache mit der neuen Leiterin der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO), Generalstaatsanwältin Laura Codruța Kövesi. Die EPPO wird Straftaten gegen den EU-Haushalt wie Betrug, Korruption und schweren grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug verfolgen. Die neue Behörde mit Sitz in LUX soll im November 2020 ihre Arbeit aufnehmen. Gegenstand der Aussprache war der Stand der Vorbereitungen sowie der Haushalt von EPPO. Kövesi erklärte, die Entscheidung über den Haushalt sei nicht nur eine technische, sondern auch eine politische. Sie sei entscheidend für die Frage, wie effektiv EPPO arbeiten könne. Nach ihren Schätzungen müsse der Haushalt für 2020 erhöht und für 2021 angepasst werden. EPPO müsse in der Lage sein, im ersten Tätigkeitsjahr 2.000 neue Fälle zu bearbeiten, außerdem seien ca. 3.000 Altfälle daraufhin zu untersuchen, ob EPPO die Ermittlungen übernehme oder den Fall an die jeweilige nationale Staatsanwaltschaft abgeben soll. Auch reiche die derzeit vorgesehene Zahl von Delegierten Europäischen Staatsanwälten nicht aus; erforderlich seien zwei Delegierte Europäische Staatsanwälte je teilnehmendem Mitgliedstaat. Diese sollten als Vollzeitkräfte zur Verfügung stehen. Frau Kövesi gab an, sie werde Justizkommissar Didier Reynders am 17.02.2020 treffen, um über die Ausstattung von EPPO zu sprechen.

<https://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20200206-0900-COMMITTEE-LIBE>

Kommission; Beitritt der EU zum Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- oder Handelssachen

Die Kommission hat am 10.02.2020 einen Fahrplan zum Beitritt der EU zum Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- oder Handelssachen veröffentlicht. Die EU, vertreten durch die Kommission, hatte bereits an den Verhandlungen über das neue Abkommen mitgewirkt (vgl. BaB 14/2019). Die internationale Konvention soll Handel und Investitionen erleichtern, indem sie die Rechtssicherheit verbessert und die Kosten im internationalen Handel und bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten senkt. Die Unterzeichner verpflichten sich, in anderen Unterzeichnerstaaten gefällte Urteile grundsätzlich ohne erneute Überprüfung anzuerkennen. Allerdings findet das Übereinkommen keine Anwendung u.a. im Insolvenz-, Familien- und Erbrecht sowie im Bereich des geistigen Eigentums. In dem Fahrplan für einen EU-Beitritt stellt die Kommission mehrere Optionen dar – vom uneingeschränkten Beitritt bis hin zu einem Beitritt mit Ausnahme bestimmter Materien wie z.B. im Verbraucherschutz oder Versicherungsrecht. Bis zum

09.03.2020 können Stellungnahmen zu dem Fahrplan abgegeben werden. Die Kommission kündigte außerdem eine dreimonatige öffentliche Konsultation für März/April 2020 an. Den Legislativvorschlag für den Vollzug des Beitritts wird sie voraussichtlich im vierten Quartal 2020 vorlegen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-842529>

EuGH; Unabhängigkeit eines Lehrbeauftragten als Prozessbevollmächtigter

Mit Urteil vom 04.02.2020 in den verbundenen Rechtssachen C-515/17 P und C-561/17 P hat die Große Kammer des EuGH einen Beschluss des Gerichts der Europäischen Union (EuG) wegen eines Rechtsfehlers aufgehoben. Das EuG hatte am 13.06.2017 (Rechtssache T-137/16) die Klage einer Universität in POL gegen die Exekutivagentur für die Forschung (REA) mit der Begründung, der Anwalt der Universität weise nicht die erforderliche Unabhängigkeit auf, als offensichtlich unzulässig zurückgewiesen. Das EuG führte dies darauf zurück, dass der Anwalt als externer Dozent auch Kurse an der Universität gibt. Im Gegensatz hierzu wies der EuGH darauf hin, dass der Begriff „Anwalt“ im Sinne von Art. 19 der EuGH-Satzung nicht nur negativ, d.h. durch das Fehlen eines Beschäftigungsverhältnisses, sondern auch positiv, d.h. unter Bezugnahme auf die berufsständischen Pflichten, zu definieren sei. Da sich der Rechtsberater in der vorliegenden Situation in keinem Über- oder Unterordnungsverhältnis zu der Universität befunden habe, sah der EuGH keine Anhaltspunkte dafür, dass dessen Fähigkeiten, die Interessen des Mandanten bestmöglich und völlig unabhängig zu vertreten, offensichtlich beeinträchtigt würden.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-515/17>

EuGH; Haftpflichtversicherungsschutz kann national beschränkt werden

Am 06.02.2020 hat Generalanwalt Michal Bobek seine Schlussanträge in der Rechtssache C-581/18 gestellt. Das OLG Frankfurt am Main hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob es mit dem Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit (Art. 18 AEUV) vereinbar sei, dass ein französisches Unternehmen nur für in FRA begründete Schäden versichert war. Im Jahr 2006 wurden einer Patientin in DEU fehlerhafte Implantate eingesetzt, die das mittlerweile insolvente Unternehmen in FRA hergestellt hatte. Daraufhin klagte die Patientin vor Gerichten in DEU gegen die französische Versicherungsgesellschaft, bei der der Hersteller einen in FRA obligatorischen Versicherungsvertrag, der eine Gebietsklausel enthielt, abgeschlossen hatte. Der Generalanwalt hält die territoriale Beschränkung des Haftpflichtversicherungsschutzes für mit Unionsrecht vereinbar. Er argumentiert, das Sekundärrecht der EU enthalte keine besonderen Bestimmungen über die Haftpflichtversicherung für Schäden, die dem Endverbraucher von Medizinprodukten zugefügt würden. Die Bestimmungen über den freien Warenverkehr seien auch nicht relevant, weil sie den späteren Ge- oder Verbrauch von Waren nach deren Verbringung in einen anderen Mitgliedstaat (MS) nicht regelten. Schließlich könne auch Art. 18 AEUV nicht als Grundlage für durchsetzbare Verpflichtungen gesehen und so zu einer unbegrenzten Harmonisierungsvorschrift ausgelegt werden. Andernfalls würde gegen das Grundprinzip, dass die Regelungsvielfalt der MS in den durch das Unionsrecht nicht ausdrücklich harmonisierten Bereichen zu wahren ist, verstoßen. FRA habe durch die Geltung günstigerer Versicherungsverträge im eigenen Hoheitsgebiet ein höheres Schutzniveau für Patienten einführen können.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-581/18>

EuGH; Grenzstreit zwischen SLO und KRO

Die Große Kammer des EuGH hat mit Urteil vom 31.01.2020 in der Rechtssache C-457/18 entschieden, dass der EuGH für die Entscheidung über die Klage von SLO auf der Grundlage von Art. 259 AEUV auf Feststellung, dass KRO gegen seine

Verpflichtungen aus dem EU-Recht verstoßen hat, indem es die Verpflichtungen nicht erfüllt hat, die sich für aus einer mit SLO geschlossenen Schiedsvereinbarung zur Lösung des Grenzstreits zwischen beiden Staaten sowie aus einem Schiedsspruch zur Festlegung der See- und Landgrenzen zwischen den beiden Staaten ergeben, nicht zuständig ist. Es handele sich hier um die Auslegung eines internationalen Abkommens, das von Mitgliedstaaten (MS) geschlossen wurde und um einen Schiedsspruch von einem internationalen Gericht. Weder das Schiedsabkommen noch der Schiedsspruch seien integraler Bestandteil des EU-Rechts. Über eine angebliche Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus dem Schiedsabkommen und dem Schiedsspruch zu entscheiden, falle nicht in die Zuständigkeit des EuGH. Der EuGH erklärte jedoch, dass beide MS nach Artikel 4 Absatz 3 EUV verpflichtet sind, sich aufrichtig um eine endgültige rechtliche Lösung des Streits im Einklang mit dem Völkerrecht zu bemühen, um die wirksame und ungehinderte Anwendung des EU-Rechts in den betreffenden Bereichen zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, können sie sich des einen oder anderen Mittels zur Beilegung ihrer Streitigkeit bedienen, gegebenenfalls einschließlich der Vorlage an den Gerichtshof im Rahmen einer besonderen Vereinbarung gemäß Artikel 273 AEUV.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-457/18>

I n n e r e s

Europäischer Rechnungshof; Prüfung der Leistungsfähigkeit von Frontex

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) stellte am 31.01.2020 eine Prüfungsvorschau im Rahmen einer Prüfung der Leistungsfähigkeit der Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) vor. Der Prüfungsbericht soll 2021 veröffentlicht werden. Die Prüfer werden untersuchen, ob durch die Haupttätigkeiten von Frontex die integrierte Grenzverwaltung der EU wirksam unterstützt wird, insbesondere, ob die Lagebeobachtung der Agentur an den Außengrenzen eine rasche und gezielte Reaktion auf Grenzvorfälle ermöglicht, die von Frontex vorgenommenen Risikoanalysen und Schwachstellenbeurteilungen bezüglich der Kapazität der Mitgliedstaaten zur Verwaltung der Grenzen nützliche Instrumente zum Schutz der EU-Grenzen darstellen und ob die operative Reaktion von Frontex zur Entwicklung einer integrierten Grenzverwaltung der EU beiträgt. Hintergrund der Prüfung ist eine entscheidende Stärkung der Befugnisse von Frontex und seiner Haushaltsmittel. Der Ausbau der Agentur erfolgte zunächst infolge des Höhepunkts der Migrationskrise 2015. Die im Dezember 2019 in Kraft getretene Novelle der Frontex-Verordnung enthält eine weitere Ausweitung der Befugnisse.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INAP20_02/INAP_Frontex_DE.pdf

Kommission; Änderungen des Visakodex werden wirksam

Am 02.02.2020 wurden die bereits am 01.08.2019 in Kraft getretenen Regelungen der Verordnung zur Änderung des Visakodex wirksam. Sie sollen zunächst die Benutzerfreundlichkeit bei der Beantragung von Kurzzeitvisa erhöhen, etwa durch eine Verlängerung der Beantragungsfrist von drei auf sechs Monate im Voraus der Reise, die Ermöglichung der Antragstellung im Wohnsitzstaat und auf elektronischem Weg in den meisten Fällen und die Vereinfachung der Erlangung von Mehrfachvisa. Die neuen Vorschriften gelten weltweit für alle Reisenden visumpflichtiger Länder (derzeit 105 Nicht-EU-Staaten und -gebiete), die in die 22 Mitgliedstaaten des Schengen-Raums und vier assoziierte Länder (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) reisen. Der Inhaber eines von einem dieser Länder ausgestellten einheitlichen Kurzaufenthaltsvisums ist berechtigt, innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen bis zu 90 Tage durch die 26 Schengen-Staaten zu reisen. Darüber hinaus wird der sog.

Visahebel eingeführt, der Erschwerungen bei der Visaerteilung in Bezug auf Staaten ermöglicht, die bei der Rücknahme illegaler Migranten nicht kooperieren.

<https://eur-lex.europa.eu/legal->

<content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R1155&from=DE>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_150

Kommission; Bericht über die Umsetzung der europäischen Notrufnummer 112

Im Rahmen des europaweiten Aktionstags der Notrufnummer 112 am 11.02.2020 veröffentlichte die Kommission ihren jährlichen Bericht über die Einführung der europäischen Notrufnummer 112. Bereits seit Dezember 2008 erreichen Bürgerinnen und Bürger in der EU die Notfalldienste aus allen Fest- und Mobilfunknetzen in allen 27 Mitgliedstaaten (MS) gebührenfrei unter der europaweit einheitlichen Notrufnummer. Mit dem Aktionstag soll die Rufnummer in der Bevölkerung noch bekannter gemacht werden. Der Bericht zieht für das Jahr 2019 eine grundsätzlich positive Bilanz. Die Nutzung der europaweiten Notrufnummer nehme zu, bereits 51% der Notrufe seien 2019 über die Nummer 112 erfolgt. Verbesserungen habe es bereits bei den Systemen zur Anruferlokalisierung gegeben. Ab Dezember 2020 soll eine genaue Ortung von Notrufen über die Nummer 112 möglich werden. Die MS hätten auch über die Einführung alternativer Zugänge zu Notdiensten für Endbenutzer mit Behinderungen, etwa per SMS oder App, berichtet. Im Rahmen des Aktionstages wurden in diesem Jahr außerdem die deutschen Berufsfeuerwehren mit dem Euronotruf-Stern 2020 ausgezeichnet. Damit wird insbesondere ihr Verdienst beim Bewerben der europäischen Notfallnummer durch ein sogenanntes „Twitter Gewitter“ im vergangenen Jahr gewürdigt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200211-einheitliche-eu-notrufnummer_de

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/2019-report-implementation-european-emergency-number-112>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Ausschreibung im Programm „Kreatives Europa“ veröffentlicht

Die Kommission hat im Januar 2020 eine zweite Pilotausschreibung (Verbindung von Kultur und audiovisuellen Inhalten durch Digitalisierung) veröffentlicht. Mit den Pilotausschreibungen möchte die Kommission die Einrichtung eines Creative Innovation Labs im Rahmen der nächsten Förderperiode (2021-2027) im Programm „Kreatives Europa“ vorbereiten. Für die aktuelle Ausschreibung stehen ca. 1,72 Mio. EUR zur Verfügung. Projektvorschläge müssen von einem Konsortium eingereicht werden, das sich aus mindestens drei Einrichtungen aus drei verschiedenen am Programm teilnahmeberechtigten Ländern zusammensetzt. Die Partner sollen ein vielfältiges Spektrum an Fachwissen aus verschiedenen kulturellen und kreativen Bereichen, einschließlich des audiovisuellen Bereichs, vorweisen. Die Projekte müssen mindestens einen Aspekt der audiovisuellen und neuen digitalen Technologien umfassen, der in mindestens einem der folgenden Bereiche umzusetzen ist: Verlagswesen, Museen, darstellende Kunst und/oder Kulturerbe. Die Anträge müssen elektronisch über das Portal Electronic Submission System (zugänglich über die Seite „Call Topic“ in der Rubrik „Search Funding & Tenders“) eingereicht werden. Einreichfrist ist der 14.05.2020. Die Projekte können frühestens am 01.01.2021 starten und dürfen maximal 18 Monate dauern. Die Mindesthöhe der Finanzhilfe muss 300.000 EUR pro Projekt betragen, maximal können 60% der förderfähigen Gesamtkosten durch EU-Mittel getragen werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding->

<tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/crea-innovlab->

[2020;freeTextSearchKeyword=bridging;typeCodes=0,1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programCode=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/Aufforderungn/2019/01-aufforderung.pdf?blob=publicationFile&v=2)

Kommission, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; neue Antragsrunde im Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gestartet

Am 07.02.2020 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – verspätet – die für 2019 vorgesehene Antragsrunde zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) auf nationaler Ebene eröffnet. AMIF soll Projekte mit den Schwerpunkten Asyl, Integration und Rückkehr fördern. In DEU werden folgende spezifischen Ziele verfolgt: Ziel 1 – Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension, Ziel 2 - Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration und Ziel 3 – Rückkehr. Im Rahmen dieses Aufrufs geförderte Projekte müssen frühestens am 01.01.2020 begonnen haben und spätestens am 30.06.2022 enden. Im Einzelfall und mit Begründung können auch Projekte gefördert werden, die frühestens am 01.01.2019 begonnen haben. Die Förderung aus EU-Geldern beträgt maximal 75% der förderfähigen Projektkosten. Die restlichen 25% stellen den Eigenanteil dar und müssen aus anderen Quellen (keine EU-Fördermittel) aufgebracht werden. Der Antrag muss mit Frist bis zum 20.03.2020 sowohl postalisch als auch elektronisch beim BAMF eingehen.

[https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/Aufforderungn/2019/01-aufforderung.pdf? blob=publicationFile&v=2](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/Aufforderungn/2019/01-aufforderung.pdf?blob=publicationFile&v=2)

V e r a n s t a l t u n g e n

Gespräche von Europaministerin Lucia Puttrich in Brüssel

Europaministerin Lucia Puttrich hat am 04.02.2020 mit dem Koordinator der EVP für die Konferenz zur Zukunft Europas, MdEP Paulo Rangel (EVP/PTL), dem von der Konferenz der Präsidenten im EP als Vorsitzender der Konferenz zur Zukunft Europas benannten MdEP Guy Verhofstadt (RN/BEL) sowie der Koordinatorin der S&D für die Konferenz zur Zukunft Europas, MdEP Gabriele Bischoff (S&D/DEU), Gespräche zum Thema Konferenz zur Zukunft Europas geführt und sich über den Sachstand informiert. Rangel betonte, die Zukunftskonferenz müsse in erster Linie eine Übung im Zuhören sein. Die Zukunft Europas könne nicht gestaltet werden, ohne auf die Bürgerinnen und Bürger zu hören. Aus seiner Sicht sei thematisch eine breite, offene, interaktive und integrative Debatte nötig, um auf dem gesamten Kontinent über die Art der EU, die in Zukunft gewünscht sei, zu diskutieren. Er wies außerdem darauf hin, dass dabei repräsentative und partizipative Demokratie zu unterscheiden seien. Verhofstadt wies darauf hin, dass es angesichts geopolitischer Herausforderungen für die EU höchste Zeit sei, nach innen wie außen handlungsfähiger zu werden und nannte insbesondere Themen wie Migration, Klima und Verteidigung sowie Außenbeziehungen als wichtige Felder. Er bezeichnete den Dialog zwischen Bürgern und den EU-Institutionen als Schlüssel zum Erfolg. Bischoff sagte, dass die bereits bekannten Formate der Bürgerversammlungen nicht als Modell für Bürgerdialoge zu wiederholen seien. Hier würde man neue, innovative Formate benötigen. Sie betonte, dass die Handlungsfähigkeit der EU bei der Migration und in der Außenpolitik die zentralen Themen sein sollten. Sie sagte aber auch, dass man dem Bürger zuhören solle, um zu erfahren, welchen Appetit es für welche Themen gäbe. Es sei insgesamt bei den Dialogen wichtig, Rückkopplungen herzustellen, damit sie nicht als rein nationale Debatten wahrgenommen würden. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit der

stellvertretenden Ständigen Vertreterin Deutschlands bei der EU, Botschafterin Susanne Szech-Koundouros standen die Schwerpunkte der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020.

Crisis Talk „Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein Grundwert in der Krise?“

Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich hat am 05.02.2020 gemeinsam mit dem Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ sowie dem „Forschungsverbund Normative Ordnungen“ an der Goethe Universität zum Crisis Talk mit dem Titel „Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein Grundwert in der Krise“ eingeladen. Europastaatssekretär Mark Weinmeister hob in seiner Begrüßung zum 14. Crisis Talk einerseits den grundsätzlichen und unstreitigen Charakter der Rechtsstaatlichkeit in der EU hervor. Krisenartig für die Rechtsstaatlichkeit seien gegenwärtig vor allem Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten, so Staatssekretär Weinmeister. Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit seien eine dauerhafte Aufgabe demokratischer Gemeinschaften. „Die von der Kommission im Jahre 2019 geforderte Kultur der Rechtsstaatlichkeit ist daher noch kein Ausweis einer Krise dieses EU-Grundwerts. Es handelt sich bei dieser Forderung eher um eine Reaktion auf neue Herausforderungen“, so Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Sprecherin des Leibniz-Forschungsverbunds „Krisen einer globalisierten Welt“, die dies an den Beispielen des Kampfes gegen den politischen Extremismus oder des Schutzes von Grundrechten im Internet beschrieb. Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, pointierte in seinem Impuls, dass die Entwicklungen in HUN und POL die EU grundsätzlich herausforderten. Es handele sich um nicht weniger als einen „konstitutionellen Moment“ – eine Referenz auf den US-amerikanischen Verfassungsrechtler und Rechtstheoretiker Bruce Ackermann – in dem die EU aufgefordert sei, ihr Selbstverständnis neu zu bestimmen: Entweder sie verteidige ihre bisherige freiheitliche demokratische Identität und trete den Entwicklungen in HUN und POL und anderswo entsprechend entgegen, oder sie gebe diese Identität auf. In der anschließenden Diskussion hob MdEP Tanja Fajon (S&D/SLO) hervor, dass ein Verfahren nach Art. 7 EU-Vertrag allein ungeeignet sei, die aktuelle Krise zu lösen. Das Problem reiche insofern sehr viel tiefer, als dass in der ungarischen und polnischen Bevölkerung kein Bewusstsein für eine Verletzung eines Grundkonsenses vorliege. Ein Ziel müsse es daher zunächst sein, den Graben der dortigen Bevölkerung zur EU durch die Gegenmaßnahmen nicht weiter zu vertiefen. Armin von Bogdandy betonte, dass es sich um eine Krise handele, die sich durch wissenschaftlichen Rat und rechtliche Instrumente alleine nicht lösen lasse. Es gehe um eine politische Krise, deren Lösung vor allem Geduld, die Definition und Einhaltung „roter Linien“, die nicht überschritten werden dürften, sowie Zusammenhalt in der EU erforderten. Moderiert wurde die Veranstaltung von Rebecca C. Schmidt, Geschäftsführerin des „Forschungsverbunds Normative Ordnungen“.

Heinrich-Böll-Stiftung Brüssel präsentiert die erste Ausgabe des World Nuclear Waste Report

Am 05.02.2020 stellte die Heinrich-Böll-Stiftung Brüssel die erste Ausgabe des World Nuclear Waste Report (WNWR) - Focus Europe in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel vor. In seiner Begrüßung hob Europastaatssekretär Mark Weinmeister hervor, wie wichtig diese Forschungsarbeit für die Debatte um zukünftige Endlager auch in DEU ist. Der WNWR bewertet, wie viel Abfall die untersuchten Länder erzeugt haben und wie viel gelagert und entsorgt wird. Der WNWR gibt einen Überblick über die geschätzten Kosten für die Entsorgung, Lagerung und Endlagerung von Nuklearabfällen und darüber, wie die Regierungen versuchen, die Finanzierung dieser Kosten zu sichern. Schließlich präsentiert der Bericht eine kurze Geschichte,

wie Länder weltweit bis heute darum kämpfen, bei der Suche nach Endlagern voranzukommen. Der Bericht bietet eine Auswahl von Länderstudien, darunter zu CZR, FRA, DEU, HUN, SWE, GBR, den USA und der Schweiz.

Debatte zum Thema „Financial Market Access after Brexit – What are the Options?“

Am 05.02.2020 lud der Bundesverband deutscher Banken (BdB) zu einer Debatte unter dem Thema „Financial Market Access after Brexit – What are the Options?“ mit hochrangigen Finanz- und Brexit-Experten in die Hessische Landesvertretung in Brüssel ein. In den einleitenden Worten von Staatssekretär Mark Weinmeister und Andreas Krautscheid, dem Geschäftsführer des BdB, sprachen beide die zahlreichen Herausforderungen an, die der nun vollzogene Brexit mit sich bringe, und dass man die verbleibende Zeit in der Übergangsphase bis Ende des Jahres für Verhandlungen nutzen müsse, um einen Brexit ohne jegliches Abkommen zu vermeiden. Im Anschluss sprach Frau Paulina Dejmek-Hack, Direktorin der UK-Taskforce der Kommission. Sie adressierte verschiedene Themen der derzeit laufenden Brexit-Verhandlungen und betonte, dass man auch weiterhin an guten Beziehungen mit GBR interessiert sei, jedoch auch deutlich gemacht werden müsse, dass GBR nicht mehr die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft genießen könne. Anschließend widmete sie sich den Themen des Finanzmarkts und stellte Möglichkeiten dar, wie britische Finanzdienstleister zukünftig in den europäischen Finanzmarkt integriert werden könnten. Vor allem der Äquivalenzmechanismus sei hierbei derzeit Gegenstand der Verhandlungen.

Gespräche von Staatssekretär Weinmeister in Brüssel

Am 11.02.2020 führte der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Mark Weinmeister ein Gespräch mit Matthias Petschke, Direktor für Raumfahrt in der neuen Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Raumfahrt. Staatssekretär Weinmeister lehnte in dem Gespräch eine mögliche Schwächung der Standorte der Europäischen Raumfahrtorganisation (ESA) in Hessen durch die in der neuen Weltraumverordnung fixierte Verlagerung von Aufgaben an die bestehende Agentur für das europäische globale Navigationssatellitensystem (GNSS) ab. Die Vermeidung von Doppelstrukturen sei ein Anliegen, das Hessen auch weiterhin bei der Umsetzung der Weltraumverordnung verfolgen werde. Darüber hinaus informierte er sich in dem Gespräch über die geplanten Aktivitäten des neuen Kommissars Thierry Breton, der mit der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie und KMU sowie mit der neuen Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Raumfahrt über ein sehr großes Portfolio verfügt. Petschke betonte in dem Gespräch das große Interesse des Kommissars am Thema Raumfahrt. Weiterhin führte Staatssekretär Weinmeister Gespräche zu den Themen Brexit und künftige Beziehungen EU - GBR sowie zur Konferenz zur Zukunft Europas mit Vertretern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschlands bei der EU.

Überraschung bei der vorgezogenen Parlamentswahl in IRL

Tony Connelly, RTÉ News/Irish TV&Radio, hat auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich am 14.02.2020 die Ergebnisse und mögliche Folgen der Wahl am 08.02.2020 in IRL in der Hessischen Landesvertretung analysiert. Wahlsieger ist die linksgerichtete Partei „Sinn Fein“. Sie hat bei den Parlamentswahlen überraschend vor den beiden bisherigen großen Parteien „Fianna Fail“ und „Fine Gael“ die meisten Stimmen erhalten. Die Sinn Fein stand lange im Ruf, der politische Arm der Terrorgruppe IRA zu sein. Mit nunmehr 24,53% hat Sinn Fein im Vergleich zur Wahl in 2016 mehr als 10% dazugewonnen, so Connelly. Fianna Fail hingegen kommt nur noch auf 22,18% (2016: 24,35%) und die Fine Gael des Regierungschefs Leo Varadkar hat mit 20,86% (2016: 25,52%) der Stimmen herbe Verluste erlitten. Stark

dazugewonnen haben auch die Grünen (7,1%) sowie mehrere kleine linksorientierte Parteien. Im Parlament hingegen ist die Sinn Fein mit 37 Sitzen nur auf Platz zwei gekommen. Stärkste Fraktion mit 38 Sitzen ist die bisherige Oppositionspartei Fianna Fail, während die Regierungspartei Fine Gael mit 35 Sitzen nur dritter wurde. Dass Sinn Fein trotz der meisten Stimmen auf weniger Sitze im Parlament komme, liege daran, dass sie zu wenige Kandidaten in den Wahlkreisen aufgestellt habe, so Connelly. Das überraschende Wahlergebnis der Sinn Fein zeige zum einen, dass die Wähler insgesamt den Wunsch nach Veränderung hatten. Zum anderen habe Sinn Fein sozialpolitische Themen, wie Wohnraummangel, Obdachlosigkeit, Gesundheitsversorgung und Renten, in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt und damit eine Alternative links von den seit 1921 abwechselnd regierenden Mitte-rechts-Parteien geboten. Diese Themen hätten insbesondere auch viele junge Menschen angesprochen, kommentierte Connelly das Wahlergebnis. Wie geht es weiter? Aus Sicht Connelys steht eine schwierige Regierungsbildung bevor, da es weder für die konservativen, liberalen noch die linksgerichteten Parteien, auch mit Unterstützung kleinerer Parteien, eine Mehrheit im Parlament gäbe. Sollte es zu einer Regierungsbeteiligung der Sinn Fein unter Führung der Fianna Fail kommen, dürfte auch die Forderung nach einem Referendum über die irische Wiedervereinigung zur Diskussion stehen. Eine große Koalition von Fianna Fail und Fine Gael mit einer kleineren Partei oder unabhängigen Abgeordneten schließt er nicht gänzlich aus. Ein letztes Szenario wären Neuwahlen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

20.02.2020 Sondersitzung des Europäischen Rats
 Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)

Rat

17.02.2020 Rat Allgemeine Angelegenheiten

17.02.2020 Rat Auswärtige Angelegenheiten
 Aktuelle Angelegenheiten:
 Lage in Libyen
 Lage im Nahen Osten
 Lage in der Sahelzone
 Lage in Venezuela
 Lage im Westlichen Balkan
 Beziehungen zwischen der EU und der Afrikanischen Union
 Beziehungen zwischen der EU und Indien

18.02.2020 Rat Wirtschaft und Finanzen
 EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete (Steuern)
 Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung
 Europäisches Semester
 Jahreshaushaltsplan der EU

- 20.02.2020 Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport
Allgemeine und berufliche Bildung
Brain Circulation als treibende Kraft für den Bildungsraum
- 25.02.2020 Rat Allgemeine Angelegenheiten
- 27./28.02.2020 Rat Wettbewerbsfähigkeit
Binnenmarkt und Industrie:
Europäischer Grüner Deal: Auswirkungen auf die Industrie in der EU
Bessere Rechtsetzung
Bericht über die Leistungsfähigkeit des Binnenmarkts
Forschung:
Strategische Innovationsagenda für das EIT
(Europäisches Innovations- und Technologieinstitut)
Internationale Zusammenarbeit bei Forschung und Innovation

Europäische Kommission

- 19.02.2020 Sitzung der Kommission

Europäische Digitalstrategie „Fit for the Digital Age“
Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz
Europäische Datenstrategie
Vorbereitung der Sondersitzung des Europäischen Rats am 20.02.2020 zum Mehrjährigen Finanzrahmen
Entscheidung der Kommission zur vorgeschlagenen Bürgerinitiative „Start Unconditional Basic Income (UBI)“ (Start des Bedingungslosen Grundeinkommens)
- 26.02.2020 Sitzung der Kommission

Europäisches Semester, Winterpaket

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen findet keine Plenarsitzung statt.

Ausschuss der Regionen

- 24.02.2020 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Demografischer Wandel: Vorschläge zur Messung und Bewältigung der negativen Auswirkungen in den Regionen der EU (Abstimmung)
Regionaler Innovationsanzeiger und seine Auswirkungen auf die regionalen ortsbezogenen Maßnahmen (Meinungsaustausch)
- 26.02.2020 CIVEX-Fachkommissionssitzung
Lokale und regionale Gebietskörperschaften im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern (Abstimmung)

Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien (Meinungsaustausch)

Herausforderungen für die lokale Demokratie im westlichen Balkan (Orientierungsdebatte)

Konferenz zur Zukunft Europas: europäische Werte, Bürgerschaft und Demokratie (Thematische Debatte)

27.02.2020

ENVE-Fachkommissionsitzung

Ein Fahrplan für sauberen Wasserstoff – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einem klimaneutralen Europa (Meinungsaustausch)

Eignungsprüfung der Wasser-Rahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie (Meinungsaustausch)

Die Zukunft des Maßnahmenpakets der EU für saubere Luft im Rahmen des Null-Schadstoff-Ziels (Meinungsaustausch)

Biologisch vielfältige Städte und Regionen nach 2020 auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) und in der nächsten EU-Strategie

Europäischer Gerichtshof

Sitzungsfreie Zeit vom 17. bis 21.02.2020.

26.02.2020 Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in der Rechtssache C-181/19 Jobcenter Krefeld - Ausschluss von EU-Bürgern von sozialen Grundleistungen

27.02.2020 Urteil in der Rechtsmittelsache C-240/18 P Constantin Film Produktion / EUIPO - Markenstreit um Fack Ju Göhte

27.02.2020 Urteil in der Rechtssache C-298/19 Kommission / GRI - Nitratbelastung der Gewässer – Antrag auf finanzielle Sanktionen

27.02.2020 Schlussanträge in der Rechtssache C-18/19 Stadt Frankfurt am Main - Abschiebehaft bei Gefährdern

27.02.2020 Schlussanträge in der Rechtssache C-649/18 A - Online-Handel mit Arzneimitteln

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 28.02.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“	EFDD
Europa der Nationen und der Freiheit	ENF
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Vereinigtes Königreich	GBR
Zypern	CYP